

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 33. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates (AB/033/2019)

am Dienstag, 29. Oktober 2019,

17:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 2, 2. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:52 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dr. Hussein Hasham Jinah

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Angelika Malberg

Dr. Helfried Reuther

Dr. Margot Gaitzsch

Kerstin Wagner

Vincent Drews

Jan Kaboth

(ab 17:40 Uhr)

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Truong Binh Bui

German Levenfus

Dr. Asad Mamedow

Dr. Md Shahinur Rahman

Dr. Juri Tsoglin

Viktor Vincze

Yujie Yao

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Tina Siebeneicher

Gordon Engler

Jens Genschmar

(entschuldigt - aus gesundheitlichen Gründen)

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Maria Elena Domingo San Juan

Rustam Maks

Halyna Yefremova

Verwaltung:

Frau Winkler

Frau Schöne

Frau Gersdorf

Herr Knappe

Integrations- und Ausländerbeauftragte

Sozialamt

Sozialamt

Sozialamt

Gäste:

Herr Rentzsch

Herr Müller

Frau Wagner

Stadtrat AfD-Fraktion

Stadtrat AfD-Fraktion

Schriftführer/-in:

Frau Richter

15.11 SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|----------|--|------------------------------|
| 1 | Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden - Spezifischer Teil (Teil IV), hier: Planungsberichte der Stadträume 6 und 16 | V3160/19
beratend |
| 2 | Satzung zur Änderung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen (Unterbringungssatzung) vom 2. Juni 2016 in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2016 (Dresdner Amtsblatt Nr. 24/2016), zuletzt geändert durch die Änderungssatzung vom 14. Dezember 2017 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Dezember 2017 (Dresdner Amtsblatt Nr. 51-52/2017) | V3221/19
beratend |
| 3 | Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Krankenbehandlung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung nach § 264 Abs. 1 SGB V in Verbindung mit §§ 1, sowie 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) | V3001/19
beratend |
| 4 | Informationen/Sonstiges | |

nicht öffentlich

- | | | |
|----------|-------------------------|--|
| 5 | Informationen/Sonstiges | |
|----------|-------------------------|--|

öffentlich

Der Vorsitzende des Integrations- und Ausländerbeirates, **Herr Dr. Jinah**, eröffnet die 33. Sitzung des Beirates. Die form- und fristgerechte Ladung sei erfolgt und die Beschlussfähigkeit sei mit elf anwesenden Mitgliedern gegeben.

Auf Grund der Vorkommnisse in Halle/Saale bittet Herr Dr. Jinah die Anwesenden darum, eine Schweigeminute einzulegen.

Der Beirat tritt einvernehmlich in die Schweigeminute ein.

Danach erläutert Herr Dr. Jinah, warum der Integrations- und Ausländerbeirat in der „alten“ Besetzung tage. Seitens der Landesdirektion Dresden gebe es rechtliche Bedenken hinsichtlich der Beschlussfassung des Stadtrates am 24. Januar 2019 über die Wahlordnung des Beirates. Eine Information zur Fortführung der Beiratsarbeit in der „alten“ Besetzung sei am 9. Oktober 2019 per E-Mail an die Mitglieder versandt worden. Solange die Landesdirektion nicht entschieden und der Stadtrat den Beirat nicht neu besetzt habe, führen die alten Mitglieder die Arbeit fort.

Nunmehr verliert **Herr Dr. Jinah** die Tagesordnung. Er stellt fest, dass zu Tagesordnungspunkt 1 kein Vertreter der Verwaltung anwesend sei. Daraufhin besteht Einvernehmen, den TOP 1 nach hinten zu verschieben.

1	Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden - Spezifischer Teil (Teil IV), hier: Planungsberichte der Stadträume 6 und 16	V3160/19 beratend
----------	--	------------------------------

Herr Dr. Jinah teilt mit, dass kein Vertreter der Verwaltung die Vorlage anwesend sei. Er fragt, ob der Beirat auf die Einbringung der Vorlage verzichte.

Die Beiratsmitglieder erörtern den Umgang mit der Vorlage.

Herr Kaboth beantragt die Vertagung der Vorlage wegen deren Nichteinbringung aufgrund des Fehlen des Verwaltungsmitarbeiters.

Herr Dr. Jinah stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Ja 5 / Nein 7 / Enthaltung 2 **Ablehnung**

Herr Dr. Jinah stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 8 Nein 3 Enthaltung 3

Herr Stadtrat Drews nimmt auf die Kostenkalkulation Bezug. Dort werde ein Fehlbetrag/Zuschlag der Unterdeckung berechnet. Er bittet um eine Erklärung, woraus sich der Betrag ergebe. Außerdem interessiert ihn, wie hoch der Zuschlag bei der letzten Kalkulation veranschlagt gewesen sei.

Herr Knappe hat das Defizit der letzten Kalkulation nicht vorliegen. Er kündigt eine Nachlieferung für die Beratung der Vorlage in den nachfolgenden Ausschüssen an.

Zur Kalkulation des Defizits erklärt er, dass für die Zukunft Kosten angenommen werden. Diese würden auf die Nutzer/-innen umgelegt. Wenn Tatbestände eintreten, die die Kosten erhöhen, könnte das dazu führen, dass der kalkulierte Kostenansatz nicht zur Deckung ausreiche. Dadurch entstehe ein Defizit.

Konkret setze er sich wie folgt zusammen:

Für den Personenkreis der anerkannten Flüchtlinge in Unterbringungseinrichtungen würden 285.000 Euro in 2020 kalkulatorisch umgelegt. Dieser würden mit 179 Personen angenommen. Auch hierzu würden ergänzende Informationen in den nachfolgenden Ausschüssen geliefert.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

- | | | |
|----------|--|------------------------------|
| 3 | Rahmenvereinbarung zur Übernahme der Krankenbehandlung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung nach § 264 Abs. 1 SGB V in Verbindung mit §§ 1, sowie 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) | V3001/19
beratend |
|----------|--|------------------------------|

Frau Schöne, Sozialamt, stellt die Vorlage ausführlich vor.

Frau Malberg fragt, welchen Personenkreis diese Vorlage betreffe.

Frau Schöne erklärt, dass das den Personenkreis der der Landeshauptstadt Dresden Zugewiesenen betreffe, der weniger als 18 Monate in Deutschland sei. Die Wartezeit sei gesetzlich seit September 2019 von 15 auf 18 Monate angehoben worden. Der Personenkreis, der über 18 Monate da sei und seinen Aufenthalt nicht rechtsmissbräuchlich herbeigeführt habe, bekomme schon jetzt eine elektronische Gesundheitskarte. Dafür sei die Landeshauptstadt Dresden Kostenträger. Sie stellt klar, dass hier ausschließlich vom Personenkreis der nicht anerkannten Asylbewerber die Rede sei.

Frau Winkler richtet einen Dank an die Verwaltung für ihre Unterstützung. Sie betont, dass es nicht nur darum gehe, die Stigmatisierung der Asylsuchenden abzubauen, die dann mit einer Karte anstelle eines Scheines den Arzt aufsuchen. Es gebe eine Erleichterung für die Ärzte bei der Abrechnung der Behandlungskosten. Die Abrechnung zwischen der Landeshauptstadt Dresden und den Krankenkassen erfolge auf elektronischem Weg. Daher sei eine Entlastung der Verwaltung zu erwarten, auch wenn diese nicht quantifizierbar sei.

Für psychologische und psychiatrische Behandlungen könne die elektronische Gesundheitskarte nicht eingesetzt werden, wofür fachliche Gründe verantwortlich seien.

Frau Malberg bemerkt bezüglich der finanziellen Auswirkungen, dass sie auf Schätzungen beruhen und diese im Haushalt noch nicht eingestellt seien.

Das bestätigt **Frau Schöne**, weshalb die Vorlage erstellt worden sei.

Herr Dr. Jinah bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 10 Nein 2 Enthaltung 0

4 Informationen/Sonstiges

Frau Winkler informiert, dass ihr Büro in Zusammenarbeit mit dem Presseamt den Flyer des Integrations- und Ausländerbeirates aktualisiert habe. Künftig stehe er in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung. Solange die neuen Mitglieder vom Stadtrat noch nicht ernannt worden seien, könne er jedoch nicht fertiggestellt werden. Insofern müsse man die Entscheidung der Landesdirektion abwarten.

Herr Stadtrat Dr. Reuther fragt, ob klar sei, ob die Landesdirektion die Wahl anerkenne oder könne es zu einer Wiederholung der Wahl kommen.

Herr Dr. Jinah berichtet, dass sich die rechtlichen Bedenken der Landesdirektion auf die Wahlordnung beziehen. Insofern sei nicht auszuschließen, dass eine Neuwahl erforderlich werden könnte, auch wenn er es nicht hoffe. Dabei verweist er auf den enormen Aufwand sowie die Kosten, die mit einer Neuwahl verbunden wären.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch verweist auf die Öffentlichkeit der Beiratssitzungen. Sie schlägt vor, die neu gewählten Mitglieder mit Migrationshintergrund auf die Sitzungen hinzuweisen, damit sie an der Beratung bereits teilnehmen könnten.

Herr Dr. Jinah verweist darauf, dass er die Kontaktdaten dieser Personen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht habe. Daher habe er viele der neuen Mitglieder auf verschiedenen Veranstaltungen mündlich über die heutige Sitzung informiert und zur Teilnahme eingeladen.

Frau Winkler teilt mit, dass momentan noch nicht klar sei, wie die neun Sitze im Beirat auf die Stadtratsfraktionen verteilt werden (nach d'Hondt oder Hare-Niemeyer). Hier sei ebenso eine finale Entscheidung notwendig, um die Besetzung vornehmen zu können.

Im Anschluss behandelt der Beirat den zurückgestellten Tagesordnungspunkt 1.

Danach stellt **Herr Dr. Jinah** fest, dass zum nichtöffentlichen Tagesordnungspunkt 5 keine Themen vorliegen, sodass er entfällt. Er schließt die Beiratssitzung.

Dr. Hussein Hasham Jinah
Vorsitzender

Manuela Richter
Schriftführerin

Dr. Margot Gaitzsch
Stadträtin

Victor Vincze
Mitglied